



Antrag

Vorlage: AT/0091/2021		Datum: 07.10.2021	
Verfasser:	03-Ratsfraktion SPD	Az.:	
Betreff:			
Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die GRÜNEN und Die LINKE: Bündnis für bezahlbares Wohnen			
Gremienweg:			
28.10.2021	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird aufgefordert, mit dem für Wohnungsbau zuständigen Ministerium für Finanzen und den Akteuren am Wohnungsmarkt ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ zu gründen, um attraktives und soziales Wohnen in Koblenz zu gestalten und gemeinsam den Neubau von Wohnungen und die Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum in Koblenz zu unterstützen.

Das Bündnis verfolgt dabei folgende Ziele:

1. Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schaffung attraktiven und bezahlbaren neuen Wohnraums in Koblenz
2. Förderung der energetischen Ertüchtigung des kommunalen Wohnungsbestandes zu sozial verträglichen Konditionen
3. Verbesserung der Angebote und Perspektiven für Menschen mit Benachteiligungen
4. Dauerhafte Sicherstellung bezahlbaren Wohnraums für bedürftige Familien mit Kindern und Alleinstehende
5. Erhöhung des Angebotes altersgerechter Wohnungen

Die Interessenvertretungen der Mieter und Mieterinnen sowie die Sozialverbände sind in diesen Prozess einzubeziehen.

Dem Stadtrat ist regelmäßig über die Vorhaben und Ergebnisse zu berichten.

Die Verwaltung wird darüber hinaus aufgefordert, eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land abzuschließen und das Wohnraumversorgungskonzept von Koblenz zu aktualisieren.

Begründung:

In Koblenz ist die Nachfrage nach Wohnraum in den letzten Jahren stetig gestiegen. Verstärkt wird dieser Trend durch die Auswirkungen der demographischen Entwicklung. Bis 2025 wird sich in Koblenz die Anzahl von Wohnungen mit Beleg- und Mietpreisbindung um die Größenordnung von 1.000 Wohneinheiten verringern. Es fehlen also vor allem Wohnungen für Haushalte mit mittleren und geringen Einkommen. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es der Zusammenarbeit und Kooperation der Akteure aus Politik, Immobilienwirtschaft, Planung und Steuerung.

Das Landeswohnraumförderungsgesetz nennt ausdrücklich Zielvereinbarungen zwischen Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden und Dritten als neues Instrument der sozialen Wohnraumförderung. Auf dieser Grundlage wollen wir in den kommenden Jahren die soziale Wohnraumförderung in Koblenz vorantreiben.

Auswirkungen auf den Klimaschutz: